

Fachtagung „Politikberatung als Intervention?“
Humboldt-Universität zu Berlin, 22. Juli 2010

Petra Rost, GenderKompetenzZentrum

„Intervention als Bestandteil von Partizipation“

1. Partizipationsbegriff

Auf die Frage was Partizipation sei gibt es viele Antworten. Die Verwendung des Begriffs der Partizipation richtet sich nach dem jeweiligen Kontext, der gegeben ist oder interessiert und danach, mit welche Vorstellungen und Begriffen vom Politischen gearbeitet wird. Es gibt in der Partizipationsforschung verschiedene Auffassungen darüber wie weit bzw. eng der Begriff der (politischen) Partizipation zu fassen ist und was unter politischem Handeln subsumiert wird. Ist politische Handeln eingegrenzt auf einen explizit politischen Raum im Sinne institutionalisierter Beteiligungsformen? Oder kann jede Form des Handelns, auch innerhalb eines explizit nicht-politisch definierten Umfeldes, politische Dimensionen im Sinne von politischer Bedeutsamkeit annehmen?

Der Begriff und die Praxis der Intervention als einem zentralen Bestandteil von Partizipation verstehen wir als einen breit gefassten im Sinne von politischem Handeln auch in explizit nicht-politisch abgegrenzten Räumen. Das heißt, dass wir die Intention der Handlung als bereits politisch verstehen und die strikte Trennung zwischen `politischen` und nicht- bzw. `vopolitischen` Partizipationsfeldern als problematisch erachten im Sinne von hierarchischer Strukturierung von politischem Handeln. Nicht nur diese Trennung produziert Hierarchien und Ausschlüsse, sondern auch die Zugangsbedingungen zu und von Partizipation.

Die Verwendung eines breit gefassten Begriffs von Intervention, wirft die Frage auf, wie verschiedene Akteur_innen mit verschiedenen Zielformulierungen gleichberechtigt partizipieren bzw. intervenieren können.

Verschiedene Akteur_innen mit unterschiedlichen, aber gleichzeitigen (Angriffs-)zielen können Herrschafts- und Machtformen auch gleichzeitig aus unterschiedlichen Perspektiven auf- und angreifen. Dies geniert einerseits Definitionskämpfe, andererseits können Vielfältigkeit und Komplexität dahingehend produktiv gemacht und gehandhabt werden, das eine permanente Auseinandersetzung und Präzisierung der politischen Ziele und Ideale stattfinden kann und muss.

2. Ausschlüsse

Gesellschaftliche und politische Partizipation bzw. Intervention sind vorrangig an eine geteilte (gemeinsamen) Identität gebunden, die vermeintlich kohärent, angeboren und damit auf nationalistischen Prinzipien beruht. Diese statische Identitätskonstruktion (Weißheits-Privilegien) ist hochgradig ausschließend. Die Anerkennung von segmentierten und brüchigen Identitäten als widersprüchlich, partiell und strategisch kann ein neues Verständnis von Verbindung und Strategien von Bündnissen ermöglichen, die nicht auf der Annahme einer natürlichen Identität beruhen, sondern auf politischer Verwandtschaft und Affinität. (Haraway 1995: 40)

Bei der Frage danach welche partizipieren bzw. intervenieren und welche ausgeschlossen sind und werden ist es entscheidend, den Fokus auf die thematisierten Machtverhältnisse zu werfen.

Darin enthalten sind zwei Dimensionen, die wichtig sind für die Analyse und den Abbau hierarchischer Differenzen. Die erste Dimension bietet die Möglichkeit der Kritik an der Ausblendung, dass feministische Theorie und politische Praxis nicht jenseits eines Hegemonie-Diskurses (Nichtreflektion auf Weißheits-Privilegien des nach innen geschlossenen Weißen Mittelstandsfeminismus) stattfinden. Die Thematisierung von Machtverhältnissen in diesem Setting hat zur Folge, dass nur die für die eigene Gruppe relevanten Fragen im Diskurs bleiben und für alle anderen verallgemeinert werden. Damit einher ging und geht die Vorstellung und deren Reproduktion von einer relativ homogenen Gruppe, ohne zu berücksichtigen, dass die Zugehörigkeit zur Gruppe derer, die wie auch immer

bezeichnet werden, nicht grundsätzlich mit den gleichen oder ähnlichen Erfahrungen oder politischen Interessen einhergeht.

Hier zu nennen ist die Kritik postkolonialer Theoriepositionen am kolonialen Erbe der Weißen westlichen feministischen Theoriebildung und die Entlarvung der Funktionsweisen der ethnisierten Zuschreibungen als konstitutiv für die Weiße deutsche Frau.

Die zweite Dimension ermöglicht den Einstieg in den Prozess der Selbstreflexion.

3. Reflexion

Jede Intervention, Politikform und subversive Strategie sollte immer wieder daraufhin befragt werden, wer oder was gerade ausgeschlossen wird. Die Reflexion des eigenen Standpunkts, der Verwobenheit in machtvollen Strukturen, in Identitätskonstruktionen und ihren Wirkmächtigkeiten als verfestigte strukturelle Ungleichheitsverhältnisse, ist ein notwendiges Tun, weil wir als Akteur_innen unser Wissen auch vor dem Hintergrund (be-)wertender Annahmen über wünschenswerte Ziele und Politiken generieren.

Eine kritische Analyse und ein Abbau von vergeschlechtlichten und ethnisierten Subjektivierungsformen ist nötig, um einen differenzsensiblen Umgang mit und Zugang zu Intervention zu ermöglichen.

Wenn Differenzen im Hinblick auf die Machtverhältnisse, in denen sie eingebettet sind, und auf ihre Machtwirkung hin untersucht werden, ist es möglich, Dominanzen in den Blick zu nehmen und dominanzsensibel gegenüber Hierarchisierungen und Abwertungen zu agieren (Mercheril 2002). Es gilt die Perspektive zu wechseln, den kritischen Blick um zu kehren: weg von den permanenten Konstruktionen des „Anderen“, hin zu den Konstruktionen des „weißen Subjekts“. Es soll eine politische kritische Selbstreflexion der eigenen Position sein.

Differenzen sind immer da, verändern und vermehren sich. Deshalb ist ein respektvoller Umgang mit ihnen notwendig, der aber nicht impliziert, dass das „Andere“ durch den richtigen Umgang zum Identischen oder „Eigenen“ gemacht

werden kann. Partizipations- /Interventionsräume müssen für verschiedene Akteur_innen ge- und eröffnet werden, damit eine Vernetzung und Erweiterung des Feldes der Akteur_innen die an politischen Entscheidungen partizipieren bzw. intervenieren möglich wird. Um Diskriminierungen und Hierarchisierungen abzubauen, muss in gesellschaftliche Systeme und Institutionen interveniert werden, welche die ungleiche Verteilung sozialer, ökonomischer und symbolischer Ressourcen sicherstellen.

Petra Rost, Juli 2010

Literatur:

Haraway, Donna (1995): Ein Manifest für Cyborgs. Feminismus im Streit mit den Technowissenschaften.

Mecheril, Paul (2002): Weder differenzblind noch differenzfixiert. Für einen reflexiven und kontextspezifischen Gebrauch von Begriffen. In: IDA-NRW. Überblick 4/2002, Jg. 8, S. 10-16.